

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:325491-2015:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Freiburg im Breisgau: Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau  
2015/S 179-325491**

**Auftragsbekanntmachung**

**Dienstleistungen**

Richtlinie 2004/18/EG

**Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Regierungspräsidium Freiburg  
Bissierstraße 7  
Zu Händen von: Anke Kollmer  
79114 Freiburg  
DEUTSCHLAND

Telefon: +49 7612084279

E-Mail: [anke.kollmer@rpf.bwl.de](mailto:anke.kollmer@rpf.bwl.de)

Fax: +49 761208394273

**Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers: <http://www.rp.baden-wuerttemberg.de>

Elektronischer Zugang zu Informationen: <http://www.vof.istw.de>

**Weitere Auskünfte erteilen:**

ISTW Planungsgesellschaft mbH  
Franckstraße 4  
Zu Händen von: Thilo Seitz  
71636 Ludwigsburg  
DEUTSCHLAND

Telefon: +49 71412423618

E-Mail: [seitz@istw.de](mailto:seitz@istw.de)

Fax: +49 71412423699

Internet-Adresse: <http://www.vof.istw.de>

**Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:**

ISTW Planungsgesellschaft mbH  
Franckstraße 4  
Zu Händen von: Thilo Seitz  
71636 Ludwigsburg  
DEUTSCHLAND

Telefon: +49 71412423618

E-Mail: [seitz@istw.de](mailto:seitz@istw.de)

Fax: +49 71412423699

Internet-Adresse: <http://www.vof.istw.de>

**Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:** die oben genannten Kontaktstellen

- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**  
Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**  
Allgemeine öffentliche Verwaltung  
Umwelt
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**  
Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

## **Abschnitt II: Auftragsgegenstand**

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**  
Ingenieurleistungen für den Rückhalteraum Weil-Breisach Abschnitt I – Realisierungsabschnitt ab dem Baujahr 6.
- II.1.2) **Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung**  
Dienstleistungen  
Dienstleistungskategorie Nr 12: Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen  
NUTS-Code DE13
- II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS)**  
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag
- II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung**
- II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens**  
Im Abschnitt I des Rückhalteriums Weil-Breisach am Rhein soll in den nächsten Jahren der Realisierungsabschnitt ab dem Baujahr 6 verwirklicht werden. Hierfür liegt ein rechtskräftiger Planfeststellungsbeschluss vor. Für die Realisierung des gesamten Abschnitts waren 10 Jahre vorgesehen. Dazu wird der Abschnitt I in mehrere Realisierungsabschnitte unterteilt, welche hintereinander abgearbeitet werden. Der Baufortschritt wurde dazu in sogenannten Baujahren (diese entsprechen nicht Kalenderjahren) geplant. In dem anstehenden Verfahren für den Realisierungsabschnitt ab Baujahr 6 werden Ingenieurleistungen für den Erdbau, Gewässerbau, Wegebau sowie für besondere Leistungen (Fortschreibung Vermessung, SiGeKo u. a.) vergeben. Dabei sind die Planungsleistungen bis zur Genehmigungsplanung abgeschlossen, bedürfen aber in einigen Punkten der Entwurfsplanung einer Aktualisierung. Zur Ausschreibung stehen die Planungsleistungen der Leistungsphasen 5 bis 9 bei den Ingenieurbauwerken (HOAI § 42) und Verkehrsplanungen (HOAI §46), die örtliche Bauüberwachung sowie die besonderen Leistungen an. Eine ausführliche Projektbeschreibung mit Plänen und Genehmigungsunterlagen findet sich auf der zur Ausschreibung gehörenden Internetseite (siehe Ziffer VI.3)).
- II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**  
71322000, 71322500, 71326000
- II.1.7) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**  
Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja
- II.1.8) **Lose**  
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.1.9) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang:**

Planung (alle Leistungsphasen ab der bestehenden Planfeststellung) sowie örtliche Bauüberwachung der Ingenieurbauwerke und Verkehrsanlagen zur Realisierung des Realisierungsabschnittes:

- Objektplanung nach § 43 Leistungsbild Ingenieurbauwerke Teil 3 Abschnitt 3 HOAI 2013, im Wesentlichen die Leistungsphasen 5 bis 9 sowie Teile der Leistungsphase 3;
- Objektplanung nach § 47 Leistungsbild Verkehrsanlagen Teil 3 Abschnitt 3 HOAI 2013, im Wesentlichen die Leistungsphasen 5 bis 9.

Besondere Leistungen nach:

- Anlage 12 HOAI 2013, Leistungsbild Ingenieurbauwerke (vorwiegend örtliche Bauüberwachung);
- Anlage 13 HOAI 2013, Leistungsbild Verkehrsanlagen (vorwiegend örtliche Bauüberwachung);
- Ingenieurvermessung: Bauvermessung;
- Sicherheits- und Gesundheitsschutz Koordination (SiGePlan und SiGeKo während Bauphase) gemäß Baustellenverordnung.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 370 000 EUR

II.2.2) **Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung**

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**

Beginn 24.1.2016. Abschluss 18.12.2020

**Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) **Geforderte Kautionen und Sicherheiten:**

Aktueller Nachweis (ausgestellt nach dem 1.1.2015) einer Berufshaftpflichtversicherung mit einer jährlichen Deckung von mindestens 1 500 000 EUR bei Personenschäden und einer jährlichen Deckung von 1 500 000 EUR bei Sach- und Vermögensschäden. Die Summen gelten je Schadensfall (zweifach maximiert).

Die schriftliche Bestätigung der Versicherung des Bewerbers, die Berufshaftpflichtdeckung auf die geforderten Deckungssummen im Auftragsfall anzuheben oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend.

Bei Bewerber-/Bietergemeinschaften ist der Nachweis für die Deckungssumme bzw. vorgenannte Bestätigung eines Mitglieds aufgrund der gesamtschuldnerischen Haftung ausreichend.

III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:**

1) Allgemeine Vertragsbedingungen für Leistungen der Ingenieure und Landschaftsarchitekten in der Wasserwirtschaft (AVB-ING) – Ausgabe 2010 – Herausgeber: Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser LAWA.

2) Grundlage der Ausschreibung ist neben der VOF das Handbuch für Ingenieurverträge in der Wasserwirtschaft (HIV-Was), herausgegeben von der LAWA (Bund/Länder Arbeitsgemeinschaft Wasser).

3) Zusätzliche Vertragsbedingungen zum Landestariftreue- und Mindestlohngesetz Baden-Württemberg (LTMG-BW) in der aktuellen Fassung (derzeit 2013).

Vom Bewerber wird im Verhandlungsverfahren eine Verpflichtungserklärung zu den Regelungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) gefordert.

4) Grundlage für die Beauftragung ist zudem die HOAI (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure) in der Fassung vom 10.7.2013 (Bundesgesetzblatt Jahrgang 2013 Teil I Nr. 37 vom 16.7.2013).

**III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:**

Bei Auftragserteilung ist ein Nachweis über die Rechtsform und die gesamtschuldnerische Haftung der Bietergemeinschaft vorzulegen.

**III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen**

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: nein

**III.2) Teilnahmebedingungen**

**III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: A) Aktueller Nachweis (ausgestellt nach dem 1.1.2015) über die Rechtsform und die Unterschriftsberechtigung des Bewerbers – bei Bewerber-/Bietergemeinschaften für alle Mitglieder (in der Regel durch Auszug aus dem Handelsregister – bei ausländischen Bewerbern durch eine Bescheinigung der zuständigen Behörde des Herkunftslandes – bei Unternehmen die nicht zur Eintragung in ein Handelsregister o. ä. verpflichtet sind durch Eigenerklärung).

Aus dem Nachweis muss zweifelsfrei hervorgehen, dass die Person/die Personen welche den Antrag/die Erklärungen abgegeben haben berechtigt sind Rechtsgeschäfte für den Bewerber zu tätigen.

Bewerbungen/Erklärungen die von Personen unterschrieben sind für die ein solcher Nachweis nicht vorliegt werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

b) Erklärung Bewerber-/Bietergemeinschaft (BIGE): Falls es sich bei dem Bewerber um einer Bewerber-/Bietergemeinschaft handelt sind mit den Bewerbungsunterlagen folgende verbindliche gemeinsame Erklärungen aller Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft einzureichen:

- Erklärung über die vorgesehene Rechtsform der Bewerber-/Bietergemeinschaft;
- Erklärung über die gesamtschuldnerische Haftung;
- Erklärung über den bevollmächtigten Vertreter;
- Erklärung über die Aufgabenverteilung innerhalb der Bewerber-/Bietergemeinschaft.

**III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: A) Erklärung über die Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen (bei Bewerber-/Bietergemeinschaften für jedes Mitglied): Zur Bearbeitung des Auftrages darf der Auftragnehmer nur Nachunternehmer einsetzen welche dem Auftraggeber bekannt sind und deren Einsatz der AG zugestimmt hat. Aus diesem Grund sind Nachunternehmer vorab zu benennen;

b) Die Bewerbung muss eine Erklärung enthalten, ob der Bewerber mit anderen Unternehmen den Auftrag erbringen möchte und, wenn ja, wie die Aufteilung der Leistungserbringung erfolgt (VOF 4 (2));

c) Die Bewerbung muss eine Erklärung enthalten, dass mindestens 70 % der zu vergebenden Leistungen durch Personal im eigenen Betrieb (bzw. den Betrieben der Bewerber-/Bietergemeinschaft) erbracht werden;

d) Durch eine Verpflichtungserklärung der dritten Unternehmen ist nachzuweisen, dass diese für die Leistungserbringung zur Verfügung stehen;

e) Die Bewerbung muss eine Erklärung enthalten, dass die Leistungserbringung unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgt (VOF § 2 (3));

f) Die Bewerbung muss eine Erklärung enthalten (bei Bewerber-/Bietergemeinschaften für jedes Mitglied), dass keine Ausschlussgründe gemäß VOF § 4 (6), VOF § 4 (9) und VgV § 16 bestehen;

g) Abgabe eines Firmen-/Bewerberprofils mit Angaben zur Gründung, Gesellschaftsform, Eigentümer und eventuellen Tochtergesellschaften, Standorten, wirtschaftliche Verknüpfung mit anderen Unternehmen und Leistungsspektrum des Bewerbers;

h) Erklärung über den Umsatz (brutto) sowie die jährliche durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten des Bewerbers jeweils insgesamt, sowie in Bezug auf die dieser Ausschreibung entsprechenden Dienstleistungen, jeweils für die letzten drei Geschäftsjahre (VOF 5 (4) c) – (bei Bietergemeinschaften für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft).

### III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Nachweise zur fachlichen Eignung durch Nennung von Erfahrungen gemäß den in den Bewertungskriterien genannten Anforderungen durch Nennung und Beschreibung von vergleichbaren erbrachten Leistungen von jeweils maximal 3 Projekten des Bewerbers (werden mehr als drei Projekte angegeben werden nur die ersten 3 gewertet) mit Angaben des Auftraggebers (Bezeichnung, Anschrift, Name und Telefonnummer des Ansprechpartners), Beschreibung der erbrachten Leistungen, Projektbeschreibung, Planungsumfang, Fertigstellungstermin;

### III.2.4) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

### III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

#### III.3.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: nein

#### III.3.2) **Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal**

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: ja

## **Abschnitt IV: Verfahren**

### IV.1) **Verfahrensart**

#### IV.1.1) **Verfahrensart**

Offen

#### IV.1.2) **Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

#### IV.1.3) **Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

### IV.2) **Zuschlagskriterien**

#### IV.2.1) **Zuschlagskriterien**

das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind

#### IV.2.2) **Angaben zur elektronischen Auktion**

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

### IV.3) **Verwaltungsangaben**

#### IV.3.1) **Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:**

8961.21/010/44.1-8

#### IV.3.2) **Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags**

nein

#### IV.3.3) **Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung**

Kostenpflichtige Unterlagen: nein

IV.3.4) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

20.10.2015 - 12:00

IV.3.5) **Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.3.6) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können**

Deutsch.

IV.3.7) **Bindefrist des Angebots**

IV.3.8) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: nein

**Abschnitt VI: Weitere Angaben**

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben**

A) Alle Unterlagen zum Vergabeverfahren stehen auf der Internetseite [www.vof.istw.de](http://www.vof.istw.de) frei zugänglich und kostenlos zur Verfügung

b) Die Möglichkeit gemäß VOF § 5 (3) Erklärungen und Nachweise nachzufordern, wird nicht in Anspruch genommen. Alle Erklärungen und Nachweise sind bis zum genannten Schlussstermin vorzulegen. Nach dem Schlussstermin eingehende Bewerbungen sowie unvollständige Bewerbungen werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. Die ausschreibende Stelle behält sich lediglich vor nicht eindeutige Informationen/Unterlagen im Zuge einer Aufklärung nachzufordern.

c) Die Bewerbung muss in Form des ausgefüllten Bewerbungsbogens (veröffentlicht als bearbeitbares Dokument auf der o. g. Internetseite) vorliegen.

d) Die Bewerbung muss mit rechtsverbindlicher Unterschrift versehen sein (original Unterschrift einer Person die berechtigt ist Rechtsgeschäfte für den Bewerber zu tätigen, bzw. durch die von Bewerber-/Bietergemeinschaften bestimmte Person).

e) Eine Erklärung aus der hervorgeht welche Personen die Leistung tatsächlich erbringen werden (VOF § 4 (3)), wird erst im Verhandlungsverfahren gefordert werden.

f) Die seitherigen Planungsleistungen wurden (teilweise) vom Büro Rapp Regioplan GmbH, Lörrach erstellt. Die gesamten Unterlagen welche bisher erarbeitet wurden werden im Verhandlungsverfahren mit der Angebotsaufforderung/der Ausschreibung allen anderen Bewerbern/Bietern zur Verfügung gestellt. Dadurch werden alle Bewerber/Bieter gleich gestellt. Die vorhandene Vorkenntnis des Büros Rapp Regioplan wird ausgeglichen. Es besteht kein Grund das Büro Rapp Regioplan vom Verfahren auszuschließen. Das Büro Rapp Regioplan wird dabei nicht für das Verhandlungsverfahren gesetzt, sondern muss sich wie jeder andere Bewerber, dem Bewerbungsverfahren unterziehen;

g) Alle Angaben der Bewerber haben in deutscher Sprache zu erfolgen. Anderen Nachweisen oder Dokumenten sind Übersetzungen durch amtlich anerkannte Dolmetscher beizufügen. Ohne solche Übersetzungen können diese Unterlagen nicht berücksichtigt werden;

h) Bewerbungsunterlagen die über die ausdrücklich verlangten Angaben und Nachweise hinaus gehen, sind nicht erwünscht und werden bei der Bewertung nicht berücksichtigt.

i) Die Bewerbungsunterlagen sind ausschließlich in Papierform DIN A4 und auf dem Postweg einzureichen.

- j) Die Bewerbungsunterlagen sind mit der vorbereiteten Angebotskennzeichnung (erhältlich auf der oben angegebenen Internetseite) zu versehen (entsprechend VOF § 8 (3)).
- k) Die Bewerbungsunterlagen verbleiben beim Auftraggeber und werden nicht zurückgegeben;
- l) Alle Fragen zum Verfahren werden ausschließlich schriftlich, per E-Mail an [seitz@istw.de](mailto:seitz@istw.de), angenommen. Eingegangene Fragen werden zentral beantwortet. Alle eingegangenen Fragen und die zugehörigen Antworten werden (anonym) auf der Internetseite der Ausschreibung allen Bewerbern/Bietern zur Verfügung gestellt. Dadurch haben alle Bewerber/Bieter dieselben Informationen/Grundlagen für ihre Bewerbung. Auf anderem Weg eingehende Fragen werden nicht beantwortet, es wird immer auf den aufgezeigten Weg über die E-Mail verwiesen.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Regierungspräsidium Karlsruhe – Vergabekammer Baden-Württemberg  
76133 Karlsruhe  
DEUTSCHLAND  
E-Mail: [vergabekammer@rpk.bwl.de](mailto:vergabekammer@rpk.bwl.de)  
Telefon: +49 7219264049  
Internet-Adresse: <http://www.rp-karlsruhe.de>  
Fax: +49 7219263985

VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

- a) Bewerber die nicht zum Verhandlungsverfahren zugelassen werden, werden über die Ablehnung ihrer Bewerbung vor Beginn des Verhandlungsverfahrens schriftlich informiert. Eine weitere Information zum Fortgang des Verfahrens ist nicht vorgesehen;
- b) Der Zuschlag wird erst erteilt, nachdem die unterlegenen Bieter schriftlich über die beabsichtigte Zuschlagserteilung informiert worden sind und 15 Kalendertage (bzw. 10 Tage bei elektronischem Versand) vergangen sind;
- c) Um eine Korrektur im Vergabeverfahren zu erreichen, kann ein Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer gestellt werden;
- d) Wenn für einen Bewerber/Bieter Vergabeverstöße bereits aufgrund der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind und dieser nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung rügt ist ein Nachprüfungsantrag nicht zulässig;
- e) Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn der Antragsteller die geltend gemachten Verstöße gegen Vergabevorschriften bereits im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich und in der Regel vor Anrufung der Vergabekammer gerügt hat;
- f) Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 107 Abs. 3 GWB);
- g) Ein Nachprüfungsantrag kann nur gestellt werden solange der Auftraggeber noch keinen wirksamen Zuschlag erteilt hat.
- h) Für weitere Informationen siehe z.B.: Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) – zuletzt geändert durch Art. 3 G v. 15.4.2015 I 578.

VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Regierungspräsidium Karlsruhe – Vergabekammer Baden-Württemberg  
76133 Karlsruhe  
DEUTSCHLAND

E-Mail: [vergabekammer@rpk.bwl.de](mailto:vergabekammer@rpk.bwl.de)  
Telefon: +49 7219264049  
Internet-Adresse: <http://www.rp-karlsruhe.de>  
Fax: +49 7219263985

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**  
11.9.2015